

Neue Regierung, aber dieselbe soziale Kälte

Die neue Regierung ist angetreten. Und sie macht gleich klar, wofür sie steht

Banker, rechte Polterer, Hartz IV-Liebhaber...

Der Finanzminister hat sich als Staatssekretär einen Mann an die Seite geholt, der seit Jahren eine Spitzenfunktion bei der mächtigen Großbank Goldman Sachs hat. Kukies soll sich um Finanzmarktregulierung kümmern. Ein Investmentbanker haut den Banken auf die Finger? Seine Mission ist sicher eine andere.

An der Spitze des Innenministeriums, jetzt auch Heimatministerium, steht die CSU-Größe Seehofer. Bekannt ist er für seine widerlichen Attacken gegen Migrant*innen und Flüchtlinge. Kaum im neuen Amt, hetzt er rum, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Dabei fantasiert er gern von den christlichen Werten der deutschen Nation, Doch für einfache Arbeiter*innen und Geflüchtete gibt es keine Nächstenliebe. Während Seehofer den menschenfeindlichen Polterer abgibt, hat der Bundestag kürzlich geräuschlos mit seiner Mehrheit den Geflüchteten faktisch jede Chance genommen, ihre Familien nachzuholen. Väter, Ehefrauen und Kinder sitzen weiter in den Kriegsgebieten und Elendslagern fest. Die AfD wird von dieser Politik profitieren.

Der neue Gesundheitsminister Spahn (CDU) verachtet arme Menschen und das Gesundheitssystem. Mit seiner Behauptung, Hartz IV bedeute nicht Armut, hat er sich im Ranking der arrogantesten Minister nach vorne katapultiert. Außerdem verkündete er, dass man als Krankenversicherter nicht dauernd zum Arzt gehen müsse. Und wenn es darum geht, Frauen das Recht auf Abtreibung zu erschweren, ist er vorne dabei. Als jahrelanger Pharmalobbyist kennt er allerdings die Wünsche der Industrie gut. Wenn Spahn sich ans Gesundheitssystem macht, sollten wir mit Schlimmem rechnen.

Spahn blieb mit seiner Attacke auf Hartz IV-Beziehende nicht allein. Der Steuerzahlerbund rechnete vor, Hartz IV bringe oft mehr als ein regulärer Job. Die Rechnung stimmte zwar nicht, aber gleichzeitig ist es wahr, dass für Millionen Menschen das Leben trotz Arbeit große finanzielle Not bedeutet. Oft geht es ihnen nicht viel besser als Hartz IV-Beziehenden. Doch bei der Debatte um Hartz IV geht es nicht darum, die viel zu niedrigen Löhne zu erhöhen und Ent-

lassungen zu verbieten. Es geht darum, die Geringverdienenden gegen die Hartz IV-Beziehenden aufzuhetzen, auf das am Ende die Unternehmen mit Niedriglöhnen und der Staat mit Leistungskürzungen durchkommen und alle Arbeitenden und Erwerbslosen zu den Verlierern gehören.

Die SPD, die mit in der Regierung sitzt, flüstert Kritik an den verbalen Ausfällen von Spahn und Seehofer. Aber was bedeutet schon deren Kritik? Die SPD ist schließlich Geburtshelferin all der Sozialkürzungen und Gesundheitsreformen seit den 2000er Jahren.

... ganz solidarisch mit den Unternehmen

Wenn jetzt der Berliner Bürgermeister Müller (SPD) mit ein paar SPD-Größen öffentlich über ein „solidarisches Grundeinkommen“ nachsinnt und Hartz IV abschaffen möchte, dann muss man genau hinschauen. Ist es eines der vielen Projekte, die die Arbeitslosenstatistik aufhübschen und Erwerbslose in Billigjobs drängen sollen? Gerade einmal 150.000 Jobs sind im Gespräch. Ist es noch dazu ein Schritt mehr, Niedriglohnjobs auszuweiten? Denn die Jobs, von denen Müller schwafelt, sollen gerade mal mit Mindestlohn vergütet werden. Beruhigen soll uns, dass das Jobs bei den Kommunen sein sollen. Aber Hunderttausende Stellen wurden bei den Hausmeistern, der Jugendhilfe usw. in den letzten Jahren gestrichen. Die sollen jetzt mit Menschen zu Mindestlohn wieder besetzt werden. Damit würde eine neue Kategorie an Arbeitenden im Öffentlichen Dienst mit Entgelt weit unter Tarifvertrag geschaffen. Die Wirtschaftsexperten, die das bereits kalkuliert haben, haben dafür die vielen Arbeitenden im Auge, die in nächster Zeit in der Industrie unter dem Vorwand der Digitalisierung entlassen werden sollen. Die Unternehmen steigern ihre Gewinne durch Entlassungen und der Staat schafft prekäre Jobs – das ist die Fortsetzung der unsozialen Politik von CDU und SPD der letzten Jahrzehnte.

Vor uns steht eine Regierung im Dienste der Unternehmen, bereit gegen alle Arbeitenden und Erwerbslosen vorzugehen. Dafür rüstet sie gleichzeitig gegen die migrantischen Kolleg*innen und Geflüchteten auf. Beides gehört zusammen. Ziehen wir uns warm an und haken wir uns unter. Von dieser Regierung haben wir nichts Gutes zu erwarten.

Wir sind Kämpfer, aufgeben gibt es nicht!

Am 4. April wird eine 3. Mahnwache für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Ledvance vorm Werkstor stattfinden. Wer noch nicht die schöne Fotocollage gesehen hat, muss zwischen 5 und 15 Uhr vorbeikommen! Mit ehemaligen KollegInnen, Siemensianern, Osramern und IG Metallern anderer Betriebe ist die Stimmung jedes mal gut!

Wie wäre es, wenn Beschäftigte anderer Betriebe dazu echt eingeladen würden? Auf dem Gehweg wären dann nicht nur 20 Leute, sondern hundert wütende MetallerInnen!

Sich mit dem Dynamowerk und anderen koordinieren

Der Fahrplan unserer Mobilisierung kann nicht von den „Sondierungen“ oder Gesprächen mit dem Vorstand von Ledvance abhängig sein. Diese Gespräche sind nur Schein. Der Vorstand von Ledvance wird sich vielleicht wieder bereiterklären, über Teile des „Zukunftskonzepts“ nachzudenken. Was hat er zu verlieren, außer ein paar sog. Führungskräfte zu bezahlen?

Für den nächsten Aktionen ist es viel nötiger, uns mit anderen Betrieben abzusprechen. Das ist der Schlüssel zum Erfolg gegen Ledvance und seinen Alliierten Osram.

Es darf nicht länger ruhig bleiben

In einer kurzen Betriebsversammlung am 22. März, und wieder einmal einen Tag vor der letzten abgesagten Mahnwache, hat die Geschäftsführung von Ledvance wiederholt, dass sie an ihrem Konzept festhält. Wie lange werden diese „Sondierungen“ in Augsburg oder München noch dauern? Tatsächlich will der Vorstand uns ruhig stellen, damit sie die Lager voll kriegen. Sie wollen auf Vorrat produzieren, so viel wie möglich. Also: Zeit für den Streik! Seit zwanzig Jahren schrumpft der Standort. Der Vorstand hat es bis jetzt immer geschafft – trotz ein bisschen Unruhe in der Betriebsversammlung – den Stellenabbau durch zu bekommen.

Dass es diesmal anders läuft, hängt von uns ab.

Unklares Signal

Als Ledvance in den Arbeitgeberverband zurückkehrte, erklärte der Vorstand, es sei „ein Signal an die Belegschaft, weiterhin sozialpartnerschaftlich zusammenarbeiten zu wollen“. Und der Abbau von 1.400 Arbeitsplätzen in Deutschland, ist das „sozialpartnerschaftlich“?

„Erhalt des Werks“ oder „Erhalt der Arbeitsplätze“?

Ledvance wird uns vielleicht bald einen Sozialplan für 100 Leute servieren, mit der Ausrede, den Standort und die Hälfte der Arbeitsplätze erhalten zu haben. Achtung: Falle!

Was tun mit den tausenden Unterschriften?

Mit der Petition gegen die Schließung von Ledvance wurden schon 1.300 Unterschriften gesammelt, und im Dynamowerk sogar 20.000! Vattenfall hat letzte Woche angekündigt, dass sie auch Stellen abbauen wollen. Mit BMW in der Nähe dazu gibt es Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen.

Im Dynamowerk soll die Petition dem Vorstand überreicht werden. Am 13. April? Warum nicht eine Demo vorm Roten Rathaus organisieren, zusammen mit allen von Stellenabbau Betroffenen? Zusammen können wir in Berlin Aufmerksamkeit erwecken!

Was macht die Politik?

Sie serviert den Unternehmen öffentliche Fördergelder unter dem Vorwand der „Digitalisierung“ oder „Industrie 4.0“. Dieses Geld gelangt letztendlich in die Taschen der Aktionäre. Vorm Dynamowerk hat ein Spandauer Bundestagsabgeordneter (SPD) gedroht... dieses System in Frage zu stellen! So spricht ein Abgeordneter, wenn er vor wütenden Kollegen steht. Aber er war nicht so mutig vorzuschlagen, das Geld von den Aktionären zurück zu verlangen. Im Bundestag wird er zu seiner Routine zurück kehren, und zwar die Kapitalisten bedienen. Ein falscher Freund.

„Danke, lieber Papa!“

Bei Osram wird eine „zukünftige Transformation“ im Aufsichtsrat diskutiert. Im ihrem Infoblatt gibt die IGM Herrn Berlien das Wort: „Wir entwickeln Standorte weiter, die wir eigentlich hätten schließen müssen“. Zwei Lügen in einem Satz! Wie kann die IGM das kritiklos verbreiten?

Die Osramer müssen rechtzeitig von den

Aktionen der Ledvancer erfahren! Es könnte z.B. zufällig ein Zettel in der Kantine auftauchen. Ein Verstoß gegen die Betriebsordnung? Aber wenn Osram einen Teil des Betriebs verkauft, um trotz § 613 a Bürgerliches Gesetzbuch gleich danach den Teil zu schließen, ist das in Ordnung?

Wenn du willst, dass der „Zünder“ alle Kolleginnen und Kollegen gut informiert, dann hilf dabei!

flugblatt_osram@gmx.de

<http://www.sozialistische-arbeiterstimme.org>

V.i.S.d.P. Florian Sund, Schmarjestaße 17, 14169 Berlin